

13/14/2005

DRITTE WELT

Information

PÄDAGOGIK PRAKTISCH



Foto: Planspiel Global Governance

...hat Politik noch etwas zu sagen?
Antwort: GLOBAL GOVERNANCE

Globalisierungsprozesse kann heute ein Schüler im 9. Schuljahr leicht benennen: „Wo Arbeitsplätze wegfallen oder entstehen, bestimmen die (oft weltweit agierenden) Firmen und nicht Politiker. Kriege werden dann geführt, wenn eine der starken Weltmächte dies beschließt. Die UNO kann vieles festlegen und regeln, ob es in die Tat umgesetzt wird, hat sie nicht in der Hand.“ Das waren Antworten auf eine spontane Befragung im Unterricht „Politik und Wirtschaft“. Fragt man allerdings, was Politik angesichts von Globalisierungsprozessen noch bewirken kann, gibt es Achselzucken und viel Ratlosigkeit.

In der Tat stellen sich Fragen nach „Globalisierungsfolgen“ nicht nur für Schüler im Unterricht, sondern auch besonders drängend für mündige BürgerInnen (vgl. Kasten). Diese Fragen will das schon seit Jahren diskutierte und durchaus auch in vielen Aspekten praktizierte Modell „Global Governance“ aufgreifen und Lösungswege skizzieren. Es versucht, Wege zu zeigen, wie unilaterale Politik (ein oder wenige Staaten bestimmen, wo es lang geht“)

durch zukunftsorientierte zwischenstaatliche Kooperationen überwunden werden kann.

ANNÄHERUNGEN AN DEN BEGRIFF "GLOBAL GOVERNANCE"

Für den Begriff „Global Governance“ gibt es bislang – anders als bei „good governance“, gute Regierungsführung – keine Übersetzung, die sich im deutschsprachigen Raum durchgesetzt hätte. Und der Begriff wirft seinerseits Fragen auf, z.B.:

- Geht es um ein theoretisches Modell oder geht es um aktuelle Politik?
- Worin liegt der Realitätsbezug von „Global Governance“?
- Ist UN-Politik wirklich ein Stück Verwirklichung von „Global Governance“?

Im Versuch der Annäherung an den Begriff lässt sich sagen: „Global Governance“ steht für Beziehungen und Regeln zwischen global agierenden Akteuren zur Lösung globaler Probleme in Zeiten der Globalisierung. Ziel ist eine Zusammenarbeit, die es möglich macht, auch angesichts von Macht und Einfluss der weltweit

Fragen

Was bedeutet es, dass letztlich immer mehr ökonomische Vorgaben die Politik eines Staates bestimmen? Z.B. wenn zur Durchsetzung von Forderungen von multinationalen Konzernen mit der Verlegung eines Produktionsstandorts gedroht wird – mit Folgen

wie Verlust von Arbeitsplätzen, Verlust von Infrastruktur, Verlust von Steuereinnahmen?

Verlieren Gestaltungsmöglichkeiten von Seiten der politischen Repräsentanten in demokratischen Staaten immer mehr an Bedeutung, wenn die großen multinationalen Konzerne Ziele, Bedingungen und Entscheidungen in Politik und Gesellschaft bestimmen?

Läuft die politische Entwicklung darauf hinaus, dass ein Staat oder einige wenige Staaten die Bedingungen für alle anderen vorgeben (von der Frage, ob Ziele mit kriegerischen Mitteln erreicht werden sollen, bis hin zur Festlegung von Bedingungen für Handel über die Grenzen eines Staates hinaus?)

Welche Bedeutung haben internationale Organisationen (wie die UNO mit ihren vielen Sonderorganisationen) und internationale Konferenzen? Dienen sie dazu, einzelne Interessen durchzusetzen, oder bieten sie die Möglichkeit, neue Modelle einer übernationalen Zusammenarbeit zu verwirklichen?

Haben Bürger und Gruppen aus der Zivilgesellschaft überhaupt noch Einfluss auf die Gestaltung politischen Lebens?

M.G.

„Global Governance“ als systemische Antwort

„Global Governance“ als analytisch-empirisches Konzept muss von normativ-präskriptiven Ansätzen unterschieden werden. In normativer Hinsicht gibt es eine große Bandbreite von „Global

Governance“-Konzepten, abhängig von unterschiedlichen Interessenlagen.

Tatsache ist, dass die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen in letzter Zeit enorm zugenommen hat. Defizite gibt es bei der Umsetzung und Erzwingung der eingegangenen Verpflichtungen wegen Beharrens auf nationaler Souveränität. Dies gilt für "Nord" genauso wie für "Süd". Spannend ist die Frage, wo sich Schnittstellen für Interessen und Ansatzpunkte für innovative Durchsetzungskoalitionen und Vorreiterallianzen ergeben könnten.

Die Ausgangslage ist dabei komplex: wachsende Interdependenzen, wechselseitige Verwundbarkeiten und Abhängigkeiten und steigende globalisierte Risiken. „Global Governance“ ist der Versuch einer systemischen Antwort darauf, durch Integration der verschiedenen Handlungsfelder und Herstellung von Kohärenz auf der Basis einer für alle Regionen /Länder/Kulturen akzeptablen normativen Basis (Grundzüge von Globalethik).

Thomas Fues, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

agierenden großen Konzerne ("Global Players") Demokratie und die Beteiligung der Bürger in die Politik einzubringen. Hierzu sind klare rechtliche Absprachen und Abkommen notwendig, eine Verstärkung von internationalen Beziehungen (hier spielt die UNO eine wichtige Rolle).

„Global Governance“ bedeutet nicht "Global Government". Die Nationalstaaten behalten ihre Souveränität, sie suchen und finden aber neue – oft wirksamere – Formen der Kooperation. Wikipedia fasst dies wie folgt zusammen: „Entscheidungen sollen demokratisch unter Einbeziehung möglichst vieler souveräner Regierungen getroffen werden. Auch soll in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und generell zivilen Interessengruppen gestärkt werden. Global Governance steht dabei im Gegensatz zur neoliberalen Tendenz der Weltwirtschaft, die den Kräften des ‚freien Marktes‘ alle Regelungen überlässt.“ (www.wikipedia.de, Stichwort „Global Governance“)

Das Internet bietet noch weitere Begriffsbestimmungen, so z.B. auf der

Seite www.politikwissen.de/lexikon/globalgovernance.html.

Das Modell „Global Governance“ hat viele Elemente, aber vier Aspekte sollen als grundlegend herausgestellt werden:

1. „Global Governance“ ist kein starres, eindeutig festgelegtes Konzept oder Programm, sondern es ist für die Akteure möglich, auf Entwicklungen in Staaten, Wirtschaft und Gesellschaft mit eigenen Akzente zu reagieren.
2. „Global Governance“ will für länger andauernde, grenzüberschreitende Probleme Lösungswege entwickeln (einige Beispiele: Nord-Süd-Gegensatz, Wachstum der Weltbevölkerung, drohende Epidemien, drohende Klimakatastrophe – eine andere Kategorisierung wäre z.B. Welt-handelsordnung, Internationale Wettbewerbsordnung, Weltwährungs- und Finanzordnung, Weltsozialordnung, Weltumweltordnung, Weltmenschenrechtsordnung).
3. "Global Governance" baut auf vorhan-

dene Ordnungsstrukturen auf – Nationalstaaten bleiben souverän, suchen aber neue Formen von Kooperation (regional, national, international). Dabei greift das Modell „Global Governance“ auf bestehende Formen zurück (Beispiele: Lokalpolitik, Nationalstaaten, Internationale Regime, regionale Integrationsprojekte) und versucht, diese im Blick auf globale Entwicklungen und Abhängigkeiten zu verändern und zu verbessern.

4. Nichtstaatliche Akteure („Zivilgesellschaft“) bekommen einen hohen Stellenwert (z.B. bei großen Weltkonferenzen der UNO). „Global Governance“ versucht, politische Strukturen zu schaffen, in denen nicht nur Staaten oder staatliche Stellen zur Lösung von Problemen beitragen (ein Beispiel könnte die AGENDA 21 sein, in der auch nicht rechtlich fixierte Lösungen eine wichtige Rolle spielen).

So ist „Global Governance“ nicht ausschließlich Regierungspolitik, andere Akteure sind wichtig, wie globale Politiknetzwerke und Partnerschaftsansätze. Ohne dass die Ressourcen aller relevanten Akteure mobilisiert und gebündelt werden, gibt es kaum Hoffnung auf erfolgreiche Bewältigung der globalen Herausforderungen.

Allerdings existiert bisher kein einheitliches Forum oder Regelwerk zur Herstellung von Transparenz, für Rechenschaftslegung oder externe Überprüfung.

DISKUSSION UM „GLOBAL GOVERNANCE“

Viele Elemente von „Global Governance“ lassen sich in der realen Politik finden. Es gibt Weltkonferenzen, weltweite Abkommen, Bemühungen um international geltende Regelungen in vielen Problemfeldern. Es gibt aber auch das Handeln einzelner Staaten (besonders der USA), das internationale Absprachen durchaus auch bewusst ignoriert oder erst gar nicht zum Zuge kommen lässt. Der Krieg, den die USA und mit ihr verbündete Staaten im Rahmen ihres Antiterror-Kampfes gegen den Irak geführt haben, bietet hierfür viel Anschauungsmaterial.

Nationale Interessen stehen auch sonst oft gegen globale Notwendigkeiten. Ein gutes Beispiel ist die Umweltpolitik, z.B. wurde das Kyoto-Protokoll, das Umweltbelastungen verringern sollte, zunächst von einer großen Zahl von Staaten nicht ratifiziert. Oder, ein anderes Beispiel: Die Einrichtung des Internationalen Gerichtshofs wird zum Beispiel von den USA zur Zeit für ihre Bürger nicht anerkannt. Deshalb ist es kein Wunder, dass „Global Governance“ als Konzept durchaus nicht überall ungeteilte Zustimmung findet.

Wer etwa die Ausarbeitungen zum Artikel „Global Governance“ in der „Wikipedia-Ezyklopädie“ im Internet verfolgt, beobachtet Differenzen und Diskussionsprozesse. In kurzen Abständen wird die

„Global Governance“ als Politikmodell in der BRD?

Im Bundestag gab es eine Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, die in einem ausführlichen Papier der Frage nachgegangen ist, was Globalisierung der Weltwirtschaft für die deutsche Politik bedeutet. Sie hat wichtige **Handlungsempfehlungen** an die nächste Bundesregierung, den Bundestag und die Europäische Union formuliert, darunter auch die Empfehlung, „Global Governance“ zu stärken.

Quelle: www.bundestag.de/bic/presse/2002/pz_0206255



GLOBAL GOVERNANCE - PROBLEME UND CHANCEN DISKUTIEREN

Suchen Sie zunächst nach eigenen Gedanken.
Nutzen Sie dann die Ideen eines Kurses der Jahrgangsstufe 12.

| | Chancen | Probleme |
|------------------------------|--|--|
| Politik | Demokratische Einflussmöglichkeit für Politik auch zur Gestaltung von Wirtschaft | Interessenwahrnehmung durch Lobbyisten gegenüber Abgeordneten |
| Gesellschaftliche Interessen | Gesellschaftliche Einflüsse können auf allen Ebenen unabhängiger formuliert werden | Wirtschaftliche Interessen haben oft größeres Gewicht |
| Nationalstaaten | Nationalstaaten haben gemeinsam größere Einflussmöglichkeiten | Nationalstaaten können sich nicht einigen |
| Zivilgesellschaft | Zivilgesellschaftliche Gruppen haben Möglichkeiten zur Mitgestaltung, sind näher an der Bevölkerung. | Zivilgesellschaftliche Gruppen können "Partikularinteressen" verfolgen, unter den Einfluss erwägungsfremder Interessen geraten oder „gesteuert“ werden |

Seite verändert, neu geschrieben, fließen neue Sichtweisen ein.

Im Herbst 2004 wird nur leise Skepsis angemeldet:

„Ein Problem der Global Governance liegt in den Nationalinteressen der souveränen Staaten. So widersprechen sich diese und die Notwendigkeit von weltumspannenden Problemlösungen häufig (beispielsweise das Streben der USA, ihre Wirtschaft nicht durch das Erfüllen des Kyoto-Protokolls zu behindern).“ [Enzyklopädie: Global Governance. DB Sonderband: Wikipedia, Herbst 2004, S. 107432]

Am 22.8.2005 formuliert die Internet-Enzyklopädie deutlich skeptisch:

„Ein Blick auf die Realität der Gegenwart offenbart jedoch drei Dinge:

1. Es bleibt oft nur bei Lippenbekenntnissen. Das bekannteste Beispiel dafür dürften die Menschenrechte sein. Obwohl alle Mitglieder der UN die Deklaration der Menschenrechte anerkannt haben, werden die Menschenrechte von vielen Staaten bewusst missachtet, unter anderem von China, den USA, der Russische Föderation und Indien.

2. Andere Abkommen wiederum werden dann nicht unterzeichnet oder gar boykottiert, wenn sie mit den nationalen Interessen nicht übereinstimmen. Ein Beispiel hier ist der Internationale Strafgerichtshof, der von wichtigen Ländern wie der Volksrepublik China, den USA, der Russische Föderation und Indien gar nicht erst ratifiziert wurde. Die USA haben darüber hinaus 35 Ländern die militärische Unterstützung entzogen, die sich weigerten, ein Abkommen zu unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten, US-Bürger, die Kriegsver-

brechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt sind, an die USA zu überstellen und nicht an den Internationalen Strafgerichtshof. Weiterhin ist der UN-Sicherheitsrat berechtigt, jedes laufende Verfahren für zwei Jahre zu unterbrechen.

3. Internationale Abkommen basieren auf einer Selbstverpflichtung der teilnehmenden Länder, haben oft jedoch keine Institution, die Sanktionierungsmacht gegenüber den unterzeichnenden Ländern und Institutionen besitzt. Ein Beispiel ist der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht.“

Wikipedia schlussfolgert daraus:

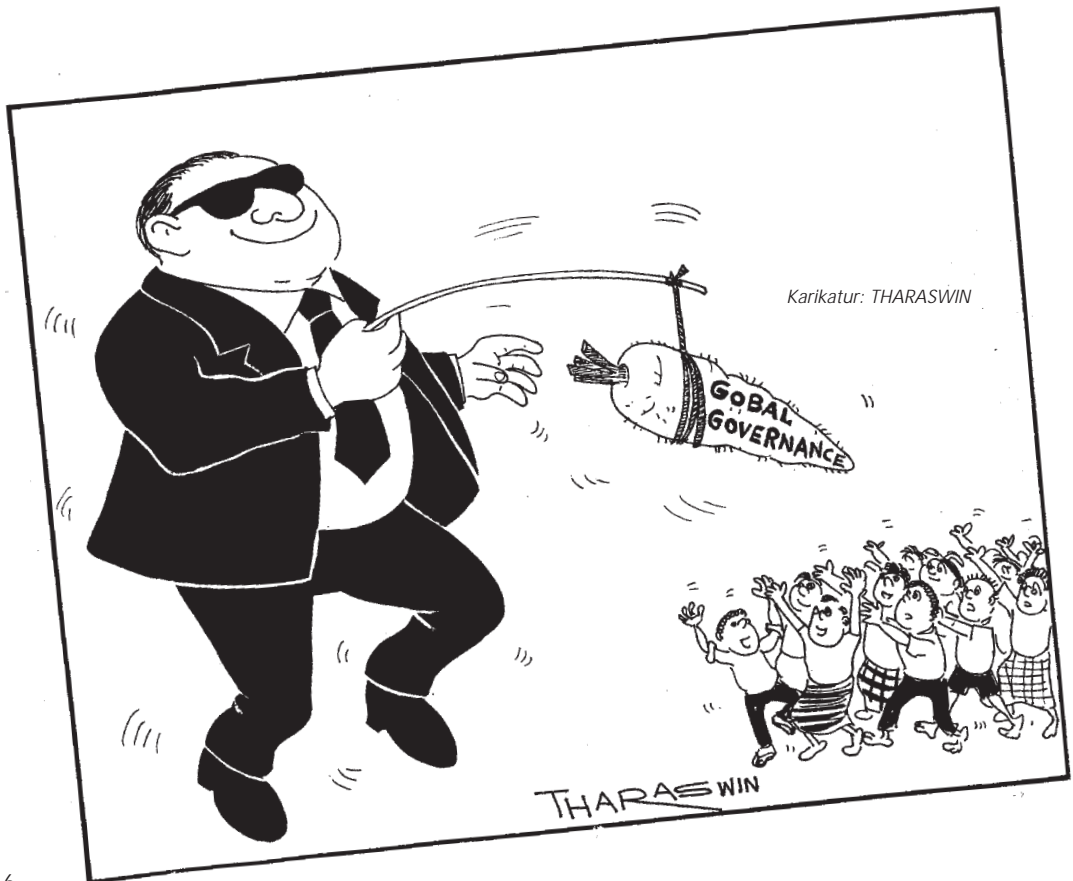
„Angesichts so negativer Tatsachen muss die Frage gestellt werden, ob vielleicht

auch das Konzept des Global Governance durch staatlich organisierten Multilateralismus eher ein Fall für fiktive Erzählungen ist, als ein reales Konzept. Für die Gegenwart und nahe Zukunft scheint es so zu sein. Der große Wurf ist vorerst nicht in Aussicht. Möglicherweise ist der Leidensdruck und damit der Zwang zur internationalen Zusammenarbeit bei den wichtigen Akteuren noch nicht groß genug.“

(www.wikipedia.de, Stichwort Global Governance)

Text: Martin Geisz

Martin Geisz unterrichtet an der Philipp-Reis-Schule in Friedrichsdorf und arbeitet im Amt für Lehrerbildung, Frankfurt/M u.a. zu Fragen Globalen Lernens.



Planspiel

„Global Governance“

Planspiele sind eine originelle Methode, die politischen Dynamiken hinter globalen Problemen besser zu vermitteln. In einer gespielten Verhandlungssituation übernehmen die Teilnehmenden die Rolle eines relevanten Akteurs und müssen unter hohem Zeitdruck dessen Position und Ziele überzeugend vertreten. Dafür gilt es, Verhandlungsspielräume geschickt zu nutzen und Kompromisse einzugehen. Neben den offiziellen Verhandlungen sind informelle Gespräche zentraler Bestandteil des Konzepts.

Was kann man mit Planspielen lernen? An die Stelle von passiver Rezeption tritt bei einem Planspiel das aktive, spielerische Erschließen von Zusammenhängen. Dies führt zu einem nachhaltigeren Lernerfolg – und macht Spaß! Denn den Teilnehmenden erschließt sich aktiv, was in der Theorie bisweilen als „trocken“ wahrgenommen wird – und ganz „nebenbei“ stärken sie ihre soziale Kompetenz, ihre Teamfähigkeit und ihr Verhandlungsgeschick.

Gerade zur Veranschaulichung eines so komplexen Themas wie Globalisierung sind Planspiele daher eine sinnvolle Methode. Sie können helfen, die abstrakten Prozesse verständlicher und greifbarer zu machen – unabhängig vom bereits existierenden Vorwissen. Für die Einführung sollten Fragen nach Ursachen und Folgen der Globalisierung sowie nach den Möglichkeiten ihrer Gestaltung im Mittelpunkt stehen. Je nach thematischem Zuschnitt des Planspiels können politische, ökonomische, kulturelle, ökologische und sicherheitspolitische Aspekte der Globalisierung näher eingeführt werden.

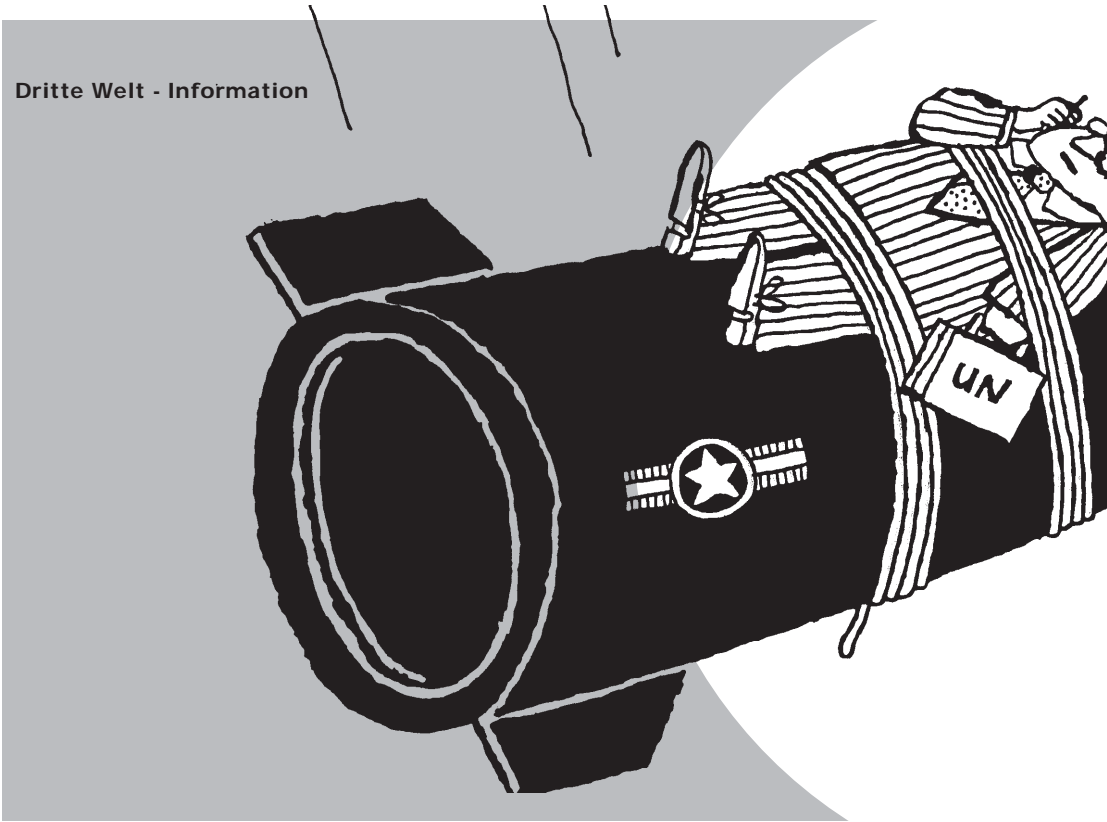
Das eigentliche Planspiel besteht beispielsweise aus einer fiktiven Global Governance-Konferenz auf Ebene der Vereinten Nationen. Die Themen reichen von Frieden und Sicherheit über Entwicklung und Armutsbekämpfung bis hin zum globalen Klimaschutz. Eine Spielvariante ist die Simulation einer WTO-Ministerkonferenz zu den Bedingungen eines fairen Welthandelssystems.

An den Verhandlungen werden staatliche und nicht-staatliche Gruppen beteiligt: Auf der einen Seite sind die Repräsentanten der Regierungen der wichtigsten Staaten oder Staatengruppen vertreten. Auf der anderen Seite nehmen Vertreter von nichtstaatlichen Gruppierungen informell und über die Medien Einfluss auf die Verhandlungen. Hierbei kann es sich um Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften oder andere Interessengruppen handeln.

In Dauer, Spielstruktur und thematischer Ausrichtung können die Planspiele leicht an jede Zielgruppe angepasst werden.

Quelle: Simon Raiser und Björn Warkalla, planpolitik
Infos auch unter: www.plan-politik.de, Kontakt: info@plan-politik.de





„GLOBAL GOVERNANCE“ UND VEREINTE NATIONEN

Die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Weltpolitik ist ein heftig umstrittenes Thema. Während die einen die UNO als zahnlosen Tiger verspotteten, sehen die anderen in ihr die letzte Hoffnung für eine friedliche Zukunft der Menschheit. Die nüchterne Realität liegt irgendwo dazwischen: Tatsache ist, dass die UNO eine unverzichtbare Rolle für die Sicherung des Weltfriedens und für den globalen Interessenausgleich spielt. Andererseits stimmt aber auch, dass gravierende Mängel in ihren Strukturen und der fehlende politische Wille der Mitgliedstaaten die Organisation daran hindern, wirksame Antworten auf die globalen Probleme zu formulieren und durchzusetzen. Angesichts wachsender globalisierter Risiken hat die Reformdebatte in letzter Zeit erneut an Schwung gewonnen. Aber der entschei-

dende Durchbruch zur Erneuerung der Vereinten Nationen lässt noch auf sich warten.

REFORMCHANCE VERPASST

Das Jahr 2005 hätte den erhofften Quantensprung in der multilateralen Politik bringen können, aber nationale Machtinteressen und kurzsichtige Souveränitätsprinzipien haben sich wieder einmal als stärker erwiesen. Der Millennium+5-Gipfel im September hatte große Erwartungen auf kooperative Lösungen für die globalen Herausforderungen geweckt. Im Vorfeld hatte UN-Generalsekretär Kofi Annan mit seinem Konzept eines globalen Gesellschaftsvertrags für Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte weltweit Aufsehen erregt. Davon haben die Mitgliedstaaten aber bisher nur einzelne Bruchstücke aufgegriffen, etwa in den Bereichen menschliche Sicherheit,



Karikatur: Van der SCHOTT

Friedenskonsolidierung und Reform der UN-Entwicklungsarbeit.

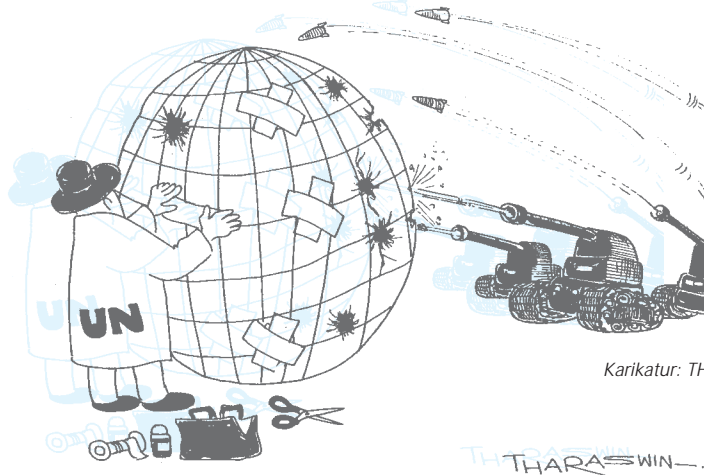
In anderen Feldern, beispielsweise Menschenrechte, Abrüstung und Welthandel, steht die Einigung zwischen Nord und Süd noch aus. Mit jeder weiteren Enttäuschung sinkt das Vertrauen der Weltgesellschaft in die Leistungsfähigkeit der UNO. Immer lauter werden Stimmen, die sie auf den Schutthaufen der Weltgeschichte werfen wollen. Es gibt aber keine Alternative zum beharrlichen und mühsamen Ringen um kooperative Lösungen in einer zerklüfteten und interdependenten Welt. Und dafür bietet die UNO wie keine andere Institution den geeigneten Rahmen.

DIE UNO IM GLOBAL GOVERNANCE-SYSTEM

In bestimmten globalen Politikfeldern wird die Führungsrolle der UNO kaum be-

stritten, etwa in der Friedenssicherung oder im humanitären Einsatz wie bei der kürzlichen Tsunami-Katastrophe und in den Flüchtlingslagern von Darfur. Aber weite Teile der Global Governance-Strukturen liegen außerhalb ihrer Reichweite. Dies gilt beispielsweise für die internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF), die formal Teil des UN-Systems sind, aber faktisch dem Zugriff der Industrieländer unterliegen.

Die Welthandelsorganisation wurde völlig ohne Anbindung zur UNO etabliert, auch wenn hier das UN-Prinzip „ein Land – eine Stimme“ zur Anwendung kommt. Im Wirtschaftsbereich haben die führenden Industrieländer ihren eigenen Club, die G7/8 gegründet, während der für globale Koordination eigentlich vorgesehene UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) eine Schattenexistenz fristet. Diese wenigen



Karikatur: THARASWIN

Beispiele zeigen, wie zersplittert das Global Governance-System ist und wie wenig die UNO bisher als gemeinsames Haus der Staaten und Völker zur friedlichen Regelung ihrer Beziehungen angenommen wird.

AKTUELLE REFORMNOTWENDIGKEITEN

Was muss jetzt geschehen, damit sich die UNO zur tragenden Säule der Global Governance-Architektur entwickeln und als Motor für einen wirksamen Multilateralismus in Aktion treten kann? Folgende Schritte sind von kritischer Bedeutung im Reformprozess:

- Für die Weltwirtschaft müssen neue institutionelle Grundlagen geschaffen werden, die die Übermacht der Industrieländer beseitigen und die Staaten des Südens angemessen einbeziehen. In systemischer Herangehensweise geht es vorrangig um drei Elemente: a) Stärkung des ECOSOC, b) Umverteilung der Stimmrechte in IWF und Weltbank und c) Umgestaltung der Gipfelarchitektur in eine L20+, die die Staats- und Regierungschefs von Industrieländern und den neuen Großmächten des Südens zusammenführt.
- Die Rolle der UNO in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit muss aufgewertet werden, um einen produktiven Wettstreit um die besseren Konzepte anzufachen. Die bisherige Dominanz der Weltbank hat die Handlungsspielräume im Süden zu stark eingeschränkt. Voraussetzung für diese Reform ist die Bündelung der fragmentierten UN-Einrichtungen und ihre angemessene finanzielle Ausstattung. Die Erlöse aus innovativen Finanzierungsinstrumenten wie der Flugticketabgabe sollten an das UN-System weitergeleitet werden und nicht zu einer weiteren Ausdifferenzierung der Fonds und Instrumente auf Geberseite beitragen.
- In der UNO sollte eine beratende Parlamentarische Versammlung einberufen werden, in die Mitglieder der nationalen Parlamente entsandt werden. Auf diese Weise könnten das globale Demokratiedefizit gemildert und die Rückkoppelung der UN-Prozesse mit den demokratischen Institutionen auf nationaler Ebene verstärkt werden.
- Die UNO sollte ihre Partnerschaftsansätze mit Zivilgesellschaft und Wirtschaft ausbauen und vereinheitlichen. Dazu muss ein verbindliches Regelwerk geschaffen werden, das die spezifischen Beiträge der unterschiedlichen Akteure definiert, Transparenz her-

stellt und Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen eröffnet. Die Beteiligung von Nicht-Regierungsorganisationen und Basisbewegungen aus dem Süden muss durch finanzielle Unterstützung sichergestellt werden, wie das vor kurzem im so genannten Cardoso-Bericht gefordert wurde. Die UN-Generalversammlung sollte regelmäßige Anhörungen mit zivilgesellschaftlichen Kräften durchführen und die Kooperation auf Länderebene institutionalisieren.

- Die UNO sollte die Zusammenarbeit mit staatlichen Handlungsebenen ober- und unterhalb der Nationalregierungen ausweiten. Der kürzliche Gipfel hat die steigende Bedeutung der Regionalorganisationen erkannt, beispielsweise die zentrale Rolle der Afrikanischen Union für Friedenssicherung auf dem Kontinent. Lokale und regionale Gebietskörperschaften haben bisher kaum eine Möglichkeit, ihre Anliegen in die UN-Politik einzubringen. Dabei hat schon die Agenda 21 von Rio 1992 die unverzichtbaren Beiträge dieser Handlungsebenen thematisiert.
- Im Bereich Wiederaufbauhilfe, Menschenrechte und Demokratisierung muss sich die UNO neu aufstellen, wenn sie den geänderten Handlungsbedingungen einer fortschreitenden Globalisierung gerecht werden will. Die beim letzten Gipfel beschlossene Kommission für Friedenskonsolidierung bietet die Chance, labile Staaten in der schwierigen Übergangsphase nach Gewaltkonflikten zu stabilisieren. Weniger deutlich ist der Einigungswillen bisher im Menschenrechtsbereich, wo ein neues Gremium mit besseren Durchsetzungsmöglichkeiten an die Stelle der umstrittenen Kommission treten soll. Hoffnungsfroh stimmt dagegen der gerade geschaffene Demo-

kratiefonds, der handfeste Unterstützung bei Verfassungsprozessen und Wahlen leisten soll.

DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE INTERESSEN

Deutschland und die Europäische Union sind starke Befürworter einer Erneuerung der Vereinten Nationen und ihrer Aufwertung zur Leitinstitution im Global Governance-System. Im europäischen Integrationsprozess haben sie die Vorzüge, aber auch die immanenten Schwierigkeiten einer selektiven Souveränitätsabtretung erfahren. Die Attraktivität des europäischen Modells, das sozialen Ausgleich mit ökologischer Modernisierung verbindet, ist gerade im Süden trotz der aktuellen Krise ungebrochen. Die EU sollte sich noch intensiver zum Vorreiter eines kooperativen Multilateralismus machen und dabei den Konflikt mit unilateralen Tendenzen in den USA sowie mit der teilweise national bornierten Souveränitätsfixierung im Süden nicht scheuen. Das deutsche Engagement für eine demokratische, inklusive Global Governance-Architektur ist ebenfalls ausbaufähig. Ohne den verstärkten Einsatz von politischen und finanziellen Ressourcen sind Fortschritte in der UNO aber nicht zu haben.

Text: Thomas Fues

Thomas Fues leitet am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) das Forschungsprojekt „Entwicklungspolitische Perspektiven für die Weiterentwicklung von Global Governance im Kontext des UN-Systems“.



zusammengestellt von Martin Geisz

LINKS

www.politikwissen.de/lexikon/globalgovernance.html

PolitikWissen.de | Lexikon |

www.wikipedia.org/wiki/Global_Governance
Global Governance - Wikipedia

www.sef-bonn.org/de/services/links/index.php
Ausführliche Linkliste mit zahlreichen Links zu „Global Governance“.

www.globalgovernance.de
Global Governance und Klimawandel. BMBF-Projekt

www.globalgovernance.de/neu/html/index.htm
Relevante Text werden zum Download angeboten.

www.dgvn.de
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

www.weed-online.org/
Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED)

inef.uniduisburg.de/page/projekt.php?fb=FBGZ&code=list&sub=1

Forschungsbereich „Global Governance“ am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

www.bundestag.de/gremien/welt/glob_end/n10.html
Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“

www.learnline.nrw.de/angebote/umweltgesundheit/medio/global/glogov.htm
Agenda-Transfer. Agentur für Nachhaltigkeit GmbH informiert regelmäßig bundesweit zum Stand der Lokalen Agenda 21 über Wettbewerbe, Kampagnen u.ä.

31057 Verein zur Förderung der
entwicklungspolitischen Publizistik e.V.
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt/Main

LITERATUR

Thomas Fues / Jochen Hippler (Hrsg.) (2003): Globale Politik: Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft, Festschrift für Franz Nuscheler, Bonn.

Thomas Fues / Dirk Messner (2003): Die Beziehungen zwischen Nord und Süd im Schatten der Irak-Krise: Perspektiven kooperativer Weltpolitik nach der Johannesburg-Konferenz, in: Hauswedell et al. 2003, 51-60.

Brigitte Hamm / Jochen Hippler / Dirk Messner / Christoph Weller (2002): Weltpolitik am Scheideweg. Der 11. September 2001 und seine Folgen, SEF-Policy Paper 19, Bonn.

Ingomar Hauchler et al. (2003): Globale Trends. Fakten Analysen Prognosen. Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.

Ingomar Hauchler / Dirk Messner / Franz Nuscheler (Hrsg.) (2003): Globale Trends 2004-2005, Frankfurt a.M.

Dirk Messner (2002): Nationalstaaten in der Global-Governance-Architektur. Wie kann das deutsche politische System Global-Governance-tauglich werden?, INEF-Report 66, Duisburg.

Dirk Messner / Franz Nuscheler (2003): Das Konzept Global Governance: Stand und Perspektiven, INEF-Report 67, Duisburg.

Dirk Messner / Jeanette Schade / Christoph Weller (2003): Weltpolitik zwischen Staatenanarchie und Global Governance, in: Hauchler et al. 2003.

Franz Nuscheler [Hrsg.] (2000): Entwicklung und Frieden im Zeichen der Globalisierung. Bonn.

Redaktionelle Bearbeitung: Anja Ruf

Impressum

Dritte Welt-Information. Ein Angebot von „eins Entwicklungspolitik“.
Herausgegeben vom Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V.

Redaktion: Konrad Melchers (Chefredakteur), Charlotte Schmitz, Klaus Seitz.

Adresse: Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt/Main, Tel. 069/5 80 98 – 183, Fax 069/5 80 98 – 139, zeitschrift@entwicklungspolitik.org, www.entwicklungspolitik.org

Grafik: Alem Hoffmann

Fotos: Simon Raiser (Titel), Thomas Fues

Erscheinungsweise: Pro Jahr erscheinen mindestens 12 Ausgaben.

Jahresabonnement: 22,20 € (inkl. Versandkosten). Im Ausland: 13,20 € exkl. MwSt., zuzüglich Versandkosten.

Das Angebot von Dritte Welt-Information umfasst über 50 Ausgaben zu den wichtigsten entwicklungspolitischen Stichworten. Sie sind auch außerhalb des Abonnements einzeln zu beziehen. Register aller Ausgaben kostenlos!

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Einzelbestellungen ab Bestellwert in Höhe von 5,00 € (Einzelausgabe: 4 Ex., Doppelausgabe: 2 Ex.) zzgl. Versandkosten möglich.

Günstige Preisstaffelung (z.B. 1,00/2,00 € ab 10 Ex., 0,50/1,00 € ab 100 Ex.). Stand 2005.

Dritte Welt-Information wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.